

**Interpellation Hess-Rebstein / Gartmann-Mels / Raths-Rorschach:
«Verständigung bei internationalen Polizeieinsätzen auf Grenzgewässern**

Bei Vorfällen auf unseren Schweizer Grenzgewässern werden dem konkreten Szenario entsprechend jeweils die notwendigen Einsatzkräfte (z.B. Kantonspolizei, Ambulanz, REGA, Lebensrettungs-Gesellschaften) aufgeboten. Im Rahmen der bisher gemachten Erfahrungen hat dabei die nationale Kommunikation im Inland laut Rückmeldungen weitgehend gut funktioniert. Leider hat sich bei diesen Einsätzen aber auch gezeigt, dass die internationale Kommunikation noch Verbesserungspotential aufweist (Bsp. Schiffsunfall vom 31. Mai 2019 auf dem Hochrhein). Mangels direkter Kommunikationsmöglichkeiten zwischen der DLRG, der deutschen Polizei sowie den Schweizer Rettungsorganisationen können die eingehenden Meldungen nicht immer wunschgemäss und zeitnah abgeglichen werden.

Um diesem Problem entgegenzuwirken, wurden vor einiger Zeit von Deutschland total sieben Funkgeräte an die Kantone St.Gallen, Thurgau und Schaffhausen sowie das benachbarte Vorarlberg ausgeliefert, mit welchen im Ereignisfall die Kommunikation mit der deutschen Polizei und Lebensrettung sichergestellt werden sollte. Für die Schweizer Polizei bedeutet dies, dass sie nun bei grenzüberschreitenden Einsätzen mit zwei unterschiedlichen Funkgeräten kommunizieren müssen. Unsere Schweizer Einsatzzentralen wiederum können mit den betreffenden neuen Geräten nicht erreicht werden und können den Funkverkehr jeweils auch nicht mitverfolgen. Solche Doppelspurigkeiten, aber auch Datenschutzvorkehrungen, beeinträchtigen die Funkkommunikation mit deutsch- und österreichischen Blaulichtorganisationen dementsprechend erheblich.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sieht die Regierung aufgrund der geschilderten Problematik im Hinblick auf die St.Galler Einsatzkräfte bei grenzüberschreitenden Einsätzen einen Handlungsbedarf?
2. Befindet sich die Regierung dazu derzeit im Austausch mit unseren Nachbarkantonen und -ländern?
3. Falls ja, mit welcher konkreten Zielsetzung und wie ist der aktuelle Stand?
4. Welche politischen und technischen Möglichkeiten sieht die Regierung, um den herrschenden Zustand im Sinne einer optimierten grenzüberschreitenden Notfall-Kommunikation zu verändern?
5. Welche Schritte werden dahingehend als nächste unternommen?»

30. November 2020

Hess-Rebstein
Gartmann-Mels
Raths-Rorschach